



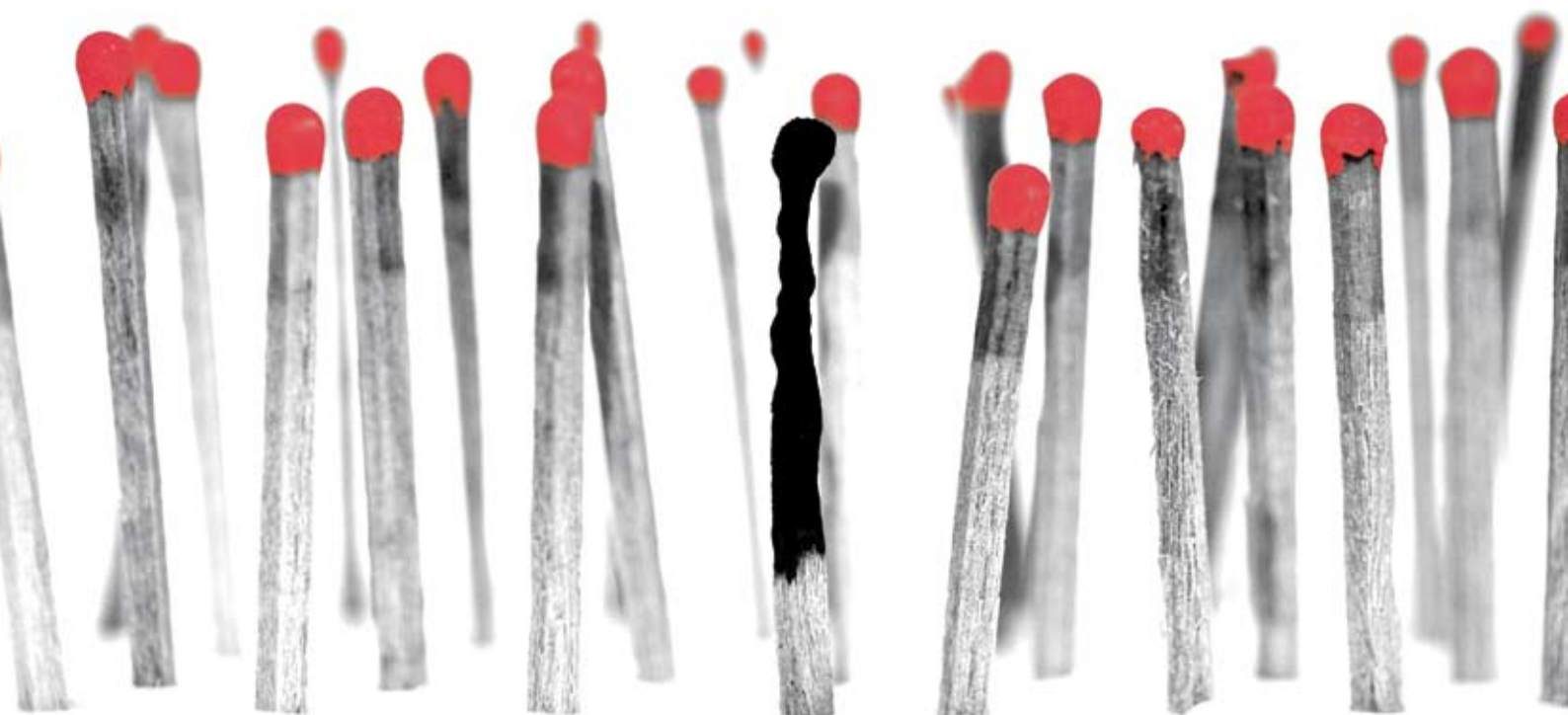
# quergedacht

in Baden-Württemberg



## Angepasst & ausgebrannt?

Von der Sklerose der Volksparteien zur Gefährdung der Demokratie



**FRIEDRICH  
EBERT  
STIFTUNG**

Fritz-Erler-Forum  
Baden-Württemberg

## Editorial



### Quer gedacht

Immer weniger Menschen engagieren sich in Parteien. Für junge Leute passt die ‚Ein-Punkt-Bewegung‘ besser in die heutige Lebensumwelt. Gewandelten Formen der Beteiligung, eine auf dem Web 2.0 basierende Kommunikationskultur sowie die steigende Mobilität mögen Gründe dafür sein. Aber ist die ‚Schuld‘ nicht auch in der Organisationskultur der Parteien zu suchen? Und: Bedroht die Erstarrung der Volksparteien die Grundlagen der Demokratie selbst?

Diese Fragen diskutierten wir Mitte Oktober 2010 in Heidelberg mit rund 90 Teilnehmer/innen in einem World Café. Zuvor präsentierte Prof. Dr. Thomas Leif seine Thesen, die von Vertreter/innen aus der Politik kommentiert wurden. Mit unserer Dokumentation legen wir nun einen Überblick über die wichtigsten Ergebnisse vor.

*Dr. Sabine Fandrych  
Leiterin des Fritz-Erler-Forums*

### Inhalt

Angepasst und ausgebrannt?	2
Zwischenrufe	4
Tischgespräche	6
Drama zum Thema Politikverdrossenheit	11
Stimmen der Teilnehmer/innen	11

## „Angepasst und ausgebrannt?“

Die Vorherrschaft von parteiinterner Ochsentour, programmatischem Leerlauf und sklerotischer Lernunfähigkeit ist alarmierend, meint Prof. Dr. Thomas Leif und zeigt gleichzeitig Mittel und Wege einer Verjüngungskur für angestaubte Parteistrukturen auf.

Gespannt wartet das Publikum auf weitere Erkenntnisse des Chefreporters vom SWR Mainz, der erst kürzlich ein Buch zur Thematik Parteien in der Nachwuchsfalle herausgebracht hat und sich daher bestens auskennt. In seinem Buch „Angepasst & ausgebrannt – Die Parteien in der Nachwuchsfalle“, hinterfragt und analysiert Thomas Leif die politische Landschaft. Er erklärt Betriebsgeheimnisse des politischen Geschäfts und nennt Verantwortliche. Seine kritische Bestandsaufnahme

der deutschen Politik, gestützt auf Insider-Berichte, langjährige Beobachtungen und unveröffentlichte Dokumente, changiert zwischen harten Fakten, nüchterner Diagnose und der beherzten Suche nach Auswegen aus der fundamentalen Partei- und Demokratiekrise.

Dem altersmäßig sehr gemischten Publikum erklärt Leif, dass eine neue und andere Form der Politikvermittlung wichtig sei: „Heute müssen Politiker viel stärker als früher Kommunikationsprozesse mit





der Bevölkerung managen, was viel Energie kostet. Dagegen ist die Legitimation durch Verfahren wie Wahlen lange nicht mehr so bedeutend wie früher.“

Manch einem im Publikum drängt sich nun vielleicht die Frage auf, wie sich die politische Legitimation, wenn nicht durch Wahlen, sonst erreichen lässt. Bedroht die Erstarrung der Volksparteien dementsprechend auch die Grundlagen der Demokratie selbst?

Leif meint, dass dringend Transparenz in den politischen Prozess gebracht werden müsse, um eine Re-Legitimierung der vom Lobbyismus und der programmatischen Beliebigkeit ausgehöhlten Institutionen zu erreichen. Wie schon eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung aus dem Jahr 2008 zeigt, ist etwa ein Drittel der Bevölkerung der Demokratie gegenüber skeptisch eingestellt. Die Parteidemokratie würde zunehmend als realitätsblinde Funktionärsherrschaft wahrgenommen. Schuld daran seien die Parteien selbst:

Lang überfällige und teils beschlossene Parteireformen würden nicht in die Realität umgesetzt werden. Innerhalb der Parteien entstünden „Machtanpassungs-Patronate“. Aus diesem Grund müssten Ortsvereine entmachtet werden.

### **„Die Politik befindet sich im Griff einer Empörungs- und Stimmungs-Demokratie.“**

„Die Parteien müssen durch eine Wettbewerbskultur sowie eine echte Anerkennungskultur wieder belebt werden.“ Außerdem, verkündet der Politikwissenschaftler, sei es wichtig, die politische Entscheidungsarchitektur zu erneuern, und die abgehängten Bürger wieder einzubeziehen. Es müssten mehr Entscheidungssituationen geschaffen werden, um den Willensbildungsprozess, der derzeit

„von oben nach unten und wieder nach oben“ verlaufe, auf den Kopf zu stellen.

Ein großes Potential sieht Leif in der Jugend, daher fordert er die Einführung einer Jugendquote – und ganz nebenbei die Abschaffung der Frauenquote.

Entmachtung der Ortsvereine und Jugendquote? Die Berufspolitiker im Publikum halten die Luft an, doch Leif verschwendet keine Zeit und setzt nach: „Die Demoskopie wird gleichzeitig immer mehr zum ‚inneren Geländer‘ der Politiker: Die Politik befindet sich im Griff einer Empörungs- und Stimmungs-Demokratie.“ Negative Medienkampagnen und Mobbing trügen dazu bei, dass Politikentscheidungen immer beliebiger würden und sich zunehmend nach Umfragen richteten.

Das Bild der Parteipolitik, welches Leif in seinem Vortrag zeichnet, ist nicht gerade rosig. Ratlosigkeit macht sich in den Gesichtern der Teilnehmer/innen breit. Was kann getan werden um der aufkommenden Politikverdrossenheit entgegenzuwirken? Für Leif liegt das Problem weniger in einer Politikverdrossenheit, als in einer Politikerverdrossenheit. Er will das Publikum in seiner Ratlosigkeit auch nicht zurücklassen und zeigt darum einige Lösungswege aus dieser verstrickten Situation auf. So meint er beispielsweise, dass das „Community organizing“, um politischen Nachwuchs gezielt und individuell auf die Politik vorzubereiten und zu begleiten, von zunehmender Bedeutung sei.

In bedingungsloser Ehrlichkeit und kompromissloser Klarheit sieht Leif die einzige Chance, junge Menschen wieder für (Parteien-) Engagement zu begeistern und demokratische Strukturen von unten zu stärken. „Nur wenn der Mehltau der Gleichgültigkeit und die pathologische Lernunfähigkeit als Gefahr erkannt und bekämpft werden, gibt es Chancen für Veränderungen und Wege jenseits der bequemen Flucht in Nichtwahl und politische Apathie.“

### **Zur Person**

Prof. Dr. Thomas Leif ist Journalist, Film- und Sachbuchautor sowie Politologe. Mit seinem im Superwahljahr 2009 erschienenen Buch „Angepasst & ausgebrannt: Die Parteien in der Nachwuchsfalle – Warum Deutschland der Stillstand droht“ lieferte er die impulsgebenden Thesen für die Quergedacht-Veranstaltung in der Print Media Akademie in Heidelberg. Politik scheint für junge Leute immer abschreckender zu wirken. Die Parteien verlieren stetig mehr Mitglieder und damit auch Rückhalt in der Bevölkerung. Darüber hinaus führt der demographische Wandel zu einer Überalterung der Volksparteien. Doch statt sich den Problemen zu stellen, verschleiern sie die Misere. „Sollte sich an dieser Situation nichts ändern“, warnt Leif, „ist die Demokratie wie wir sie kennen ernsthaft in Gefahr.“



## Wir können doch auch anders!

Nach dem Vortrag von Prof. Dr. Thomas Leif diskutieren verschiedene Persönlichkeiten aus Politik und Gesellschaft welche Ideen und Projekte es für mehr politische Beteiligung – in und jenseits von Parteien – gibt.

*Prof. Dr. Thomas Leif, Autor des Buches „Angepasst & ausgebrannt“:*

Das Schlimmste für Politiker ist das Desinteresse und die zunehmende Distanz des Publikums. Daraus wachsen Politikverachtung und – in jüngster Zeit – auch ein grassierender Bürgerzorn. Die gewählten Volksvertreter und die frustrierten Wähler haben sich nicht mehr viel zu sagen. Die einen leben in einer Parallelgesellschaft aus Gremiensitzungen und Termin-Marathon; die anderen sehen ihre Interessen missachtet und sind unzufrieden mit dem miserablen Service der Politik. Dieser Entfremdungsprozess zwischen Bürgern und Politik zieht sich schon länger hin. Patentrezepte zur Lockerung der Kommunikations-Blockaden sind nicht bekannt. Die einzige Chance besteht darin, einen ernsthaften Dialog zu beginnen: über die Zwänge der Politik, ihre Gestaltungsgrenzen, echte Mitwirkung und die Notwendigkeit für die Bürger in politische Prozesse aktiv einzugreifen.

Um für diesen Prozess die Fundamente zu legen, ist die Politik auf Querdenker und Einsteiger angewiesen. Die Veranstaltungsreihe „Quergedacht“ bietet die Chance die Tabuzonen und Sperrbezirke zwischen Bürgern und Politik zu verlassen. Am Ende eines echten Dialogprozesses stehen Antworten auf einige heikle Fragen: Warum verzichten Politiker freiwillig auf das Primat der Politik? Warum ist ihre Bereitschaft, sich den Fraktionszwängen zu beugen, so intensiv ausgeprägt? Warum geben Lobbygruppen so oft den Ton an? Auch die zornigen Bürger müssen sich im Prozess des Querdenkens auf lästige Fragen einstellen: Warum

erwarten Sie etwas von Politikern, was sie selbst nicht leisten wollen? Wie können sie sich aus ihrer Bequemlichkeitsfalle befreien und Projekte gezielt vorantreiben? Wie könnte eine produktive Politikgestaltung und Mitwirkung praktisch ausschauen? Antworten auf diese Fragen erfordern Querdenker, Einsatzfreudige und Mitmacher. In diesem Sinne ist das Format „Quergedacht“ der Beginn eines echten Dialogs, damit die Kräfte des Bürgerzorns produktiv werden und Politiker den ersten Schritt aus ihrer Parallelgesellschaft wagen können.

*Prof. Dr. Roland Geitmann, Hochschule Kebl für öffentliche Verwaltung, Mehr Demokratie e. V. Landesverband Baden-Württemberg:*

In einer politisch erwachsen werdenden Gesellschaft braucht die repräsentative Demokratie partizipative Ergänzungen. Direktdemokratische Verfahren wecken politisches Interesse, ermöglichen breite Lernprozesse und können sich für Parteien als Jungbrunnen und Nachwuchsbecken erweisen. „Volksgesetzgebung“ gehört zu den Gründungsforderungen der Sozialdemokratie.

Der eigentliche Effekt direktdemokratischer Verfahrensregeln liegt in ihrer „Vorwirkung“: Politik ist bürgernäher, und kreativ-flexible Beteiligungsformen werden im Vorfeld von beiden Seiten intensiver genutzt, wenn die Bürger Entscheidungen an sich ziehen können und dadurch Mitverantwortung tragen. Diese Wirkung erzeugen allerdings nur fair und praktikabel gestaltete Regeln, von denen gerade Baden-Württemberg

noch weit entfernt ist; nur das Saarland ist noch schlechter dran, und dies nicht mehr lange.

*Prof. Dr. Anke Schuster, Gemeinderätin Heidelberg:*

Für die Entfaltung neuer Impulse müssen neue Formen der Partizipation geschaffen werden. Gleichzeitig sollte jedoch darauf geachtet werden, dass Altbewährtes nicht in einem Erneuerungswahn abgeschafft wird. Es macht meiner Meinung nach keinen Sinn, die bewährte Struktur der Ortsvereine zu zerschlagen. Ortsvereine sind die Seele einer Partei, in denen das Gefühl des Miteinanders noch gelebt und vermittelt werden kann. Es müssen vielmehr Alternativen für diejenigen geschaffen werden, die sich anderweitig engagieren wollen, ohne im Ortsverein tätig zu sein. Zwar bietet der Ortsverein eine Vielzahl von Möglichkeiten sich politisch zu engagieren, doch kann er nicht das ganze Portfolio von Beteiligungsformen liefern.

Was wir zusätzlich brauchen, sind Beteiligungsformen wie zum Beispiel „Think-Tanks“, in denen sich interessierte Mitglieder und Nichtmitglieder zu Landes- und Bundespolitik engagieren können. Wichtig ist, dass sie sich dafür nicht gleich auf spezielle Themen einschränken müssen, sondern an allgemeinen Visionen arbeiten können. Daraus resultiert dann aber auch, dass sie innerhalb der Partei das Recht eingeräumt bekommen, für ihre Ideen und Konzepte auf Parteitag eintreten und abstimmen zu können. Querdenken heißt eben: Den Mut haben, Neuland zu betreten.



*Hanno Burmester, Stiftung Neue Verantwortung, Berlin:*

Die Veranstaltung in Heidelberg hat mich in meiner Auffassung bestätigt, dass zwischen Parteien und Bürgerschaft eine besorgniserregende Distanz der Lebenswelten entstanden ist. Die Diskussion war mehrheitlich von einer Abwehrhaltung der anwesenden Parteimitglieder geprägt, was Erneuerung und Öffnung ihrer Partei angeht. Dies hat mich erstaunt – gerade weil die eklatanten Defizite insbesondere der SPD in den World Café-Diskussionen eindeutig benannt worden sind.

Erschreckend fand ich die Grundhaltung: Das Volk habe sich in seinen Erwartungen und Mitmachwünschen gefälligst an die Parteien und ihre Parallelkultur anzupassen. Andere Meinungen werden niedergemacht.

Dabei besteht die Chance der Parteien in der gegenteiligen Haltung. Wenn sie und ihre Mitglieder sich dem Draußen öffnen – selbstbewusst, wagemutig, optimistisch, gesprächsbereit und mit offenem Herzen – dann gibt es keinen Grund, Veränderungen zu fürchten. Das Schlimmste, was ihnen passieren kann, ist der Status Quo.

*Katja Mast, MdB (Mitglied des Bundestags):*

Politik braucht mehr Dialog – um genauer zu sein, mehr neue Dialogformen. Insbesondere, um Jugendliche für unsere Demokratie zu begeistern. Darum geht es, wenn wir uns die Frage nach der Zukunft der Volksparteien stellen. Es ist wenig zielführend, immer wieder Politikverdrossenheit zu beklagen, wenn eigentlich Parteienmüdigkeit gemeint ist.

Es gibt Möglichkeiten, Menschen und gerade Jugendliche mitzunehmen und sie für Politik zu begeistern. Mein Weg dafür heißt „Junger Rat für Mast“. Mit meinem einmaligen Schulprojekt kommt Politik in den Unterricht, also in die Lebenswelt der Jugendlichen. Sie werden zu Gesellschaftsgestaltern. Sie beraten mich vor allem in Fragen der Arbeitsmarkt-, Bildungs- und Sozialpolitik. So wird klar, was Politik mit ihnen zu tun hat, wo sie sich einmischen können und dass ich als Abgeordnete sie ernst nehme. Von Politikverdrossenheit merke ich dabei nichts. Im Gegenteil: Wir debattieren engagiert, und ich bin immer wieder erstaunt, mit wie viel Leidenschaft die Schülerinnen und Schüler politische Fragen bearbeiten. Der Schlüssel für mehr Engagement in der Politik liegt in der persönlichen Begegnung, im Dialog. Das kann auch anstrengen, aber heraus kommt ein Gewinn für alle. Demokratie braucht Demokraten!

*Lars Castellucci, Gemeinderat Wiesloch:*

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben die Demokratie in Deutschland mit erkämpft, das Frauenwahlrecht eingeführt, stehen seit Willy Brandt für „Mehr Demokratie wagen“. Doch der Zustand unserer Demokratie macht mir Sorgen. Zwischen 57 und 74 Prozent der Bevölkerung sagen, sie hätten keinen Einfluss auf die Politik. Auf der anderen Seite sprechen Politiker von Politikverdrossenheit. Ich glaube nicht, dass es eine allgemeine Politikverdrossenheit gibt, sondern eine Verdrossenheit, wie Politik gemacht wird.

Da hilft nur ein neuer demokratischer Aufbruch, also kommunales Wahlrecht für alle, die länger bei uns leben, Volksentscheid ins Grundgesetz und mehr Beteiligung und Mitbestimmung auf allen politischen Ebenen und in der Wirtschaft. Vor allem brauchen wir eine neue Verständigung über demokratische Spielregeln. Wie können repräsentatives System und freiwillige und gesetzlich vorgeschriebene Verfahren der Beteiligung besser ineinander greifen? An Vorschlägen hierzu will ich arbeiten und deshalb: Vielen Dank an die Friedrich-Ebert-Stiftung, dass sie Räume bietet, solche wichtigen Fragen zu diskutieren. Danke an alle, die dabei waren: Ich habe viel mitgenommen!

# Tischgespräche

Im World Café-Format finden in Heidelberg mehrere Tischgespräche zu verschiedenen Aspekten statt, die mit dem Thema des Abends „Angepasst und ausgebrannt“ verwandt sind.

## Angepasst: nur noch Platz für Leisetreter?

Zu Beginn der Diskussion an Tisch 1 wird dem Titel „Angepasst: nur noch Platz für Leisetreter?“ von den Teilnehmer/innen zugestimmt: Die großen Volksparteien, so

eine der Volksparteien. Diese seien nicht selten durch fest eingefahrene Strukturen geprägt, innerhalb derer das Querdenken zum „Fremdwort“ geworden ist. Es feh-

dar. So kommt es immer wieder vor, dass Leisetreter gefördert, Querdenker hingegen mundtot gemacht werden.“

Von den Teilnehmer/innen wird die Frage, ob eine Neuorganisation der Ortsvereine notwendig ist, um wieder mehr Raum zum Querdenken zu schaffen, sehr kontrovers diskutiert. So werden einerseits „modernere Organisation“ und „neue Formen“ als notwendige Voraussetzungen erachtet, andererseits wird aber auch die Gefahr gesehen, dass „langwierige Organisationsdebatten“ die Sachthemen verdrängen. Zudem darf, dies betonen einige Teilnehmer/innen, die Rolle des Ortsvereins nicht „überschätzt“ werden. Der Ortsverein stellt zwar ein wichtiges Gremium der (lokalen) Politik dar, daneben sind unter anderem aber auch bewusst „offenere“ Formen geschaffen worden: beispielsweise der Heidelberger SPD-Talk oder themenspezifische Think-Tanks.

Einige Diskussionsteilnehmer/innen halten ein „echtes Umdenken“ für erforderlich: „Will man Querdenkern künftig tatsächlich mehr Raum verschaffen, so muss man bei der „Diskussions- und Fehlerkultur“ innerhalb der Parteien beginnen. Parteimitglieder dürfen keine Nachteile zu befürchten haben, wenn sie unpopuläre oder auch sich später als fehlerhaft erweisende Ideen äußerten.“

Zum Abschluss der Diskussionsrunde wird noch einmal der Ausgangspunkt bekräftigt: „Wir brauchen wieder mehr Querdenker“.



der gemeinsame Befund, bietet heute für „Querdenker“ in der Tat zu wenig Raum. Moderatorin Bettina Stier versucht, die Fragestellung weiter zuzuspitzen: „Gibt es in der Politik etwa nur noch Platz für Händehaber?“ Tischgastgeberin Anke Schuster widerspricht: „Gerade in der Politik finden wir immer noch Querdenker. Und wir brauchen sie auch, denn sie sind es, die neue Ideen entwickeln. Nur so lässt sich Politik weiter denken und getroffene Entscheidungen müssen sich an diesen neuen Ideen messen lassen!“

Den Kernpunkt der Kritik bilden aus Sicht der Teilnehmer/innen die Ortsver-

len die kontroversen Diskussionen über politische Themen. Stattdessen sei eine „diskussionslose Geschlossenheit“ zum Alltag geworden. Gerade für jüngere Parteimitglieder sind die Ortsvereine bereits unattraktiv geworden. Dort herrscht dringender Handlungsbedarf.

Handlungsbedarf wird auch im Hinblick auf die Volksparteien insgesamt gesehen. Die Teilnehmer/innen kritisieren insbesondere, dass politische Entscheidungen zu oft „hinter verschlossenen Türen“ getroffen werden. „Unbequemes Denken,“ so die Einschätzung einer Diskussionsteilnehmerin, „stellt mitunter sogar ein Risiko



## Primat der Politik versus Lobbyismus und programmatische Beliebigkeit?

Wie gehen eigentlich die Lobbyisten in Berlin vor? Tischgastgeber und SPD-Bundstagsabgeordneter Lothar Binding aus Heidelberg berichtet zur Einführung an Tisch 2 von seinen eigenen Erfahrungen mit Lobbyisten. In der Bundeshauptstadt gibt es über 5000 sogenannte Verbindungsbüros. Von dort aus bemühen sich die Interessenvertreter meistens um Einzelgespräche mit den Abgeordneten. Selbstverständlich gäbe es auch unter den Lobbyistengruppen Macht- und Finanzkonzentrationen, die für einen Abgeordneten nur schwer zu durchschauen seien. Doch worum geht es den Lobbyisten? Sie versuchen, möglichst subtil das Denken der Parlamentarier zu beeinflussen. Dabei streben sie die Schaffung eigener Assoziationsräume an. Dies soll heißen, sie versuchen die Abgeordneten an bestimmte Begriffe und Denkmuster zu gewöhnen, die für sie und ihre Auftraggeber eine Rolle spielen. Darüber hinaus versuchen sie, durch Gutachten und Expertise, Aufmerksamkeit zu bekommen. Grundsätzlich sind Lobbyisten jedoch nicht per se „schlecht“, da die Politik häufig die Expertise dieser Menschen braucht. Problematisch sind jedoch die Intransparenz des Vorgehens und die fehlende Regulierung der Lobbyarbeit. „Wie kann man es nun schaffen, weniger beeinflussbar zu sein?“ fragt Binding. Sein Vorschlag: Die Einführung eines „Lobbylogbuchs“, welches durch Selbstkontrolle sowohl den Politikern als auch der Öffentlichkeit vor Augen führt, wie viel Zeit mit welcher Lobbygruppe verbracht wurde.

Nun sind die Diskussionsteilnehmer/innen gefragt. In der Debatte werden ganz unterschiedliche Aspekte der Thematik beleuchtet. Zunächst wird die Frage diskutiert, ob Lobbyismus als antidemokratisch bezeichnet werden kann und wer anstelle der Lobbyisten die Expertise übernehmen könnte. Neben dem Lobbyismus gegenüber dem einzelnen Abgeordneten wird auch die Problematik

der ministeriellen Lobbyarbeit und des Mitarbeiterlobbyismus besprochen. Um vergleichen zu können, wagt die Gruppe auch einen Blick in die europäischen Nachbarländer, um deren Umgang mit Lobbyisten kennenzulernen. Eine Teilnehmerin regt an, die Abgeordneten psy-

fassungen und die Formulierung provokanter Thesen des Moderators René Repasi („Der Primat der Politik weicht aufgrund schwacher Politiker!“) an Diskussionspotential, was sich in Quantität und Qualität der Teilnehmerfragen wider spiegelt.



chologisch im Umgang mit Lobbyisten zu schulen. Danach wird die Möglichkeit zur Einführung eines Lobbyistengesetzes debattiert. Binding erläutert die mögliche Ausgestaltung eines solchen Gesetzesvorschlags. Danach betont er die Schwierigkeiten der Umsetzung; denn welcher Abgeordnete verabschiedet schon gerne ein Gesetz, durch dass er selbst stärker kontrolliert wird? Darüber hinaus werden weitere Möglichkeiten erörtert, den Einfluss der Lobbyisten einzuschränken oder wenigstens transparenter zu gestalten.

Die Debatte wird immer wieder von Lothar Binding mit anschaulichen Beispielen aus der politischen Praxis angereichert. Auch das Wissen und die Erfahrungen der Teilnehmer/innen sorgen für einen spannenden Verlauf der Diskussion. Daneben gewinnt sie durch Zusammen-

Eine wichtige Erkenntnis ist die Feststellung, dass es schlicht eine menschliche Schwäche ist, beeinflussbar zu sein. Für den Abgeordneten ist es daher wesentlich, das Fachwissen der Lobbyisten aufzunehmen, sich aber nicht einem einzigen zu unterwerfen. Ein weiteres bedeutendes Element ist es, alle Prozesse und Abläufe nachvollziehbar und transparent zu gestalten. Dies erhöht das Vertrauen zwischen Abgeordneten und Ministerien ebenso wie zwischen Abgeordneten und Bürgern. Auch die Transparenz in der Entscheidungsfindung des Abgeordneten könnte dadurch vergrößert werden. Allerdings muss sich diese Öffnung auch in den Parteien vollziehen. Der Prozess hin zu mehr Transparenz beginnt also in der tagtäglichen Arbeit eines jeden politisch engagierten Menschen.

## Junges Blut in der Politik: Jugendquote und andere Verjüngungskuren

Seit Jahren sind die Mitgliederzahlen der Volksparteien in der Bundesrepublik rückläufig, gleichzeitig werden die verbleibenden Parteimitglieder immer älter. Welche Möglichkeiten haben die Parteien, dem demographischen Wandel innerhalb der Politik entgegenzuwirken?

Diese Themen werden am Tisch 3 des World Cafés diskutiert. Eine Teilnehmerin berichtet aus einem Ortsverein, dass sich neue und junge Mitglieder sehr schwer täten, in den Strukturen die sie dort vorfinden, Fuß zu fassen. Dadurch könnten sie sich nur selten gegen die „Alteingesessenen“ durchsetzen. Eine Jugendquote hingegen könnte helfen, diese tradierten

auf einige Konzepte, wie junge Menschen in den politischen Betrieb integriert werden können. Zunächst berichtet sie von einem Mentorentandem. Dort hatten sich ein älterer, erfahrener SPD-Gemeinderat und ein junger Mann, der zum ersten Mal gewählt wurde, zusammengetan. „Jetzt profitieren beide von einander“, erklärt Mast.

Weiter stellt Frau Mast ihr eigenes Schulprojekt „Junger Rat für Mast“ vor. Dabei geht die Politikerin mit tagespolitischen Themen in unterschiedliche Schulen und sucht das Gespräch mit Schüler/innen. In erster Linie werden Fragen aus den Bereichen Arbeitsmarkt-, Bildungs-

zeichnen, nur die Strukturen, welche die Parteien anbieten, seien für sie uninteressant. Da sie eher an Sachthemen und an der Lösung konkreter Problemstellungen interessiert sei, könne sie auf eine Organisation verzichten, die ihr eine ganze Weltanschauung abverlange. Weiter berichtet sie von ihren Erfahrungen aus einer parteilichen Hochschulgruppe, in der sich vor allem die zusammenfänden, die eine politische Karriere anstrebten. „Für Basisarbeit und konkrete Aktionen haben diese Emporkömmlinge nur Interesse, wenn sie selbst davon profitieren“, sagt sie.

Was könnte neben einer Jugendquote noch dazu beitragen, parteipolitisches Engagement für junge Menschen attraktiver zu gestalten? Zunächst müssten sich die Parteien darüber klar werden, so die Meinung eines älteren Gastes, dass junge Menschen eher davor zurückschrecken, sich einer Organisation mit Mitgliedscharakter anzuschließen. Vielmehr sollten Wege gefunden werden, wie die so genannte „Ein-Punkt-Politik“, die auf ein singuläres Thema ausgerichtet ist und oft von ad-hoc Initiativen bearbeitet wird, in die tägliche Parteiarbeit vor Ort integriert werden kann.

Auch das Absenken des Wahlalters wird als eine weitere Möglichkeit gesehen, Politik für jüngere Menschen interessanter zu machen. Weiter müssen Formen gefunden werden, Jugendliche über Themen entscheiden zu lassen, die sie selbst betreffen. So können sich Schüler/innen zum Beispiel durch Jugendbeiräte in ihren eigenen Angelegenheiten zu Wort melden.

Ein weiterer Weg, so waren sich die Diskussionsteilnehmer/innen einig, ist, die Politik stärker im Schulunterricht präsent zu machen. Auf der anderen Seite ist jedoch auch klar, dass Schule nicht alle Probleme lösen könne. Denn junge Menschen sollten vor allem Freude an ihrem Engagement haben und nicht zur Politik gezwungen werden.



Gefüge aufzubrechen und junge Menschen mit attraktiven Posten anzulocken. Auf der anderen Seite wird angemerkt, dass durch die Quotierung gut qualifizierte Politiker/innen mit entsprechenden Erfahrungen und Know-how benachteiligt werden könnten. So fragt ein älterer Gast: „Bringen die Jungen überhaupt die notwendige Lebenserfahrung mit?“ Die Gastgeberin des Tisches, Katja Mast, Bundestagsabgeordnete der SPD, verweist

und Sozialpolitik mit den Schüler/innen diskutiert. „Diese Diskussionen bringen mir als Abgeordnete unglaublich viel. Auf der einen Seite kann ich meine Entscheidungen besser treffen, auf der anderen werden die Schüler zu Politikgestaltern, die sich und ihre Meinungen ernst genommen fühlen.“

Danach meldet sich eine junge Studentin zu Wort. Sie würde sich zwar als politisch interessiert und engagiert be-





## Bürgerbeteiligung 2010: Brauchen wir Formen der direkten Demokratie?

Brauchen wir sie nun oder überlassen wir die politischen Entscheidungen lieber den Politikern? Diese Frage des 4. Tisches unseres World Cafés, moderiert von Lars Castellucci, lässt die Gemüter aufleben.

„Es ist zu bedenken, dass es sowohl in Kalifornien als auch in der Schweiz teilweise Probleme mit der direkten Demokratie gibt“, regt Castellucci die Diskussion mit Blick auf Minarettverbot und die kalifornische Haushaltskrise an.

Einige Stimmen aus dem Publikum teilen diese Besorgnis und ergänzen, dass direkte Demokratie die Gefahr inkompetenter Entscheidungen in sich birgt. Emotionen würden die Menschen zu falschen Entscheidungen verleiten, so hätten Angelegenheiten wie die deutsche Wiedervereinigung oder die Euro-Einführung eventuell zu negativen Ergebnissen führen können, wären sie per Bürgerentscheid beschlossen worden. Ein weiteres Problem sehen die Gegner direkter Bürgerentscheide in der Beeinflussung der Bürger durch finanzkräftige Persönlichkeiten und Lobbys. Deshalb könnten Bürgerentscheide nur erfolgreich sein, wenn sie von „oben“ initiiert werden.

„Politiker sollen den Bürgern mehr zutrauen, denn sie sind viel sachverständiger als ihnen zugesprochen wird“, entgegen daraufhin die Verfechter der direkten Bürgerbeteiligung. Untermauert werden die Meinungen für eine direkte Bürgerbeteiligung mit Positivbeispielen wie dem Bürgerentscheid von 1952, der zur Zusammenlegung von Baden und Württemberg führte. Gastgeber Castellucci kommt in diesem Zusammenhang auf das sozialdemokratische Menschenbild zu sprechen, welches auf eine Emanzipation des Menschen abziele. Dieses Menschenbild führt für ihn direkt zur Forderung nach mehr Beteiligung. Allerdings wolle er die Frage von mehr direkter Demokratie nicht losgelöst von der Frage nach dem Gemeinwohl sehen. Der Anspruch müsse sein, mit Beteiligung zu besseren Lösungen für

eine größtmögliche Zahl direkt und indirekt Betroffener zu gelangen.

Professor Geitmann von der Initiative „Mehr Demokratie für Baden-Württemberg“ unterfüttert die Diskussion mit sachlichem Wissen über die Historie von Volksabstimmungen. So erklärt er, dass auf Bundesebene bislang noch keine Volksabstimmung stattfand. Zwar spricht Artikel 20 des Grundgesetzes von Wahlen und Abstimmungen durch die Bürger, doch sind Abstimmungen bislang de facto unbekannt, da die direkte Demokratie am Ende der 40er Jahre durch den aufkommenden Ost-West-Konflikt in Frage gestellt wurde. Aus Angst vor politisch radikalen Strömungen hat man damals

Die Frage an die Jugendlichen, ob sie für mehr direkte Demokratie sind, wird bejaht. Wenn es nach den Jugendlichen dieser Diskussionsrunde ginge, müsste die direkte Demokratie mehr in der Gesellschaft verankert werden, beispielsweise mit Hilfe des Internets. Aus politischen Bewegungen wie etwa der um das Thema „Stuttgart 21“ könnte man jedoch ableiten, dass die Formen politischer Arbeit wohl geändert werden müssten. Weg von angestaubten, veralteten Ein-Weg-Vorträgen hin zu Mitmach-Kongressen und Veranstaltungen, die das „Wir-Gefühl“ einer politisch engagierten Jugend entstehen lassen.

Fazit der Diskussion also: Die Rahmenbedingungen für Formen der direkten



die nähere Ausgestaltung des Abstimmungsrechts zurück gestellt. Der darin liegende Auftrag zur Verfassungsergänzung blieb bis heute unerfüllt. Die 1974 in die Landesverfassung eingefügte Regelung über Volksbegehren und Volksabstimmungen ist durch unüberwindbare hohe Hürden noch nie über Anläufe hinausgehend zur Anwendung gekommen, auch um ihre Reform geht es bei den kommenden Landtagswahlen, erklärt Geitmann.

Beteiligung müssen geändert werden. Sei es, indem die Bürger besser informiert werden um kompetentere Entscheidungen treffen zu können, oder die Politik mehr Raum zum Mitmachen aller Bevölkerungsschichten findet. Auch könnte man bereits bestehende Beteiligungsmöglichkeiten durch verstärkte Aufklärung populärer machen, denn da sind sich alle einig: „Die Bürger verfügen über umfangreiches Wissen und Ressourcen aus denen die Politik schöpfen kann.“

## Web 2.0: Web-Lobbyisten oder politische Partizipation?

Die Diskussion am 5. Tisch des World Cafés über politische Beteiligungsformen und Mobilisierungspotential im Internet wird moderiert von Jürgen Graner und inhaltlich angeleitet von Karl-Ulrich Templ, der gleich zu Beginn der Diskussion zu bedenken gibt, ob der Ausdruck „Internet

Ort nimmt. Beispielsweise sei die Polizeiarbeit heute auch stark davon geprägt, dass Polizisten bei solchen Protestaktionen viel gefilmt und auf Plattformen wie YouTube veröffentlicht werden. Positiv gesehen, kann man hier von einer Gegenöffentlichkeit sprechen. Gleichzeitig wird

Internetzugang haben. Hier muss darauf geachtet werden, dass nicht systematisch Leute ausgeschlossen werden. Gerade das Problem der Überalterung der Volksparteien spielt für die weitere Diskussion eine wichtige Rolle. Natürlich dürfen Mitglieder nicht abgehängt werden, aber vor allem um neue junge Leute anzusprechen ist das Internet unverzichtbar.

Gerade was das originäre politische Handeln angeht, zeigt sich, dass die persönliche Zusammenarbeit relevanter ist als die anonyme Diskussion im Netz. Die Meinungsbildungsfunktion, die sich im Internet unter anderem durch Kommentare zu Online-Artikeln vollzieht, wird immer wichtiger. Die dort geführten Diskussionen können besonders auf Journalisten wieder rückwirken und die öffentliche Meinung mitbestimmen. Hier fehlt es in den Volksparteien an basisgerechten Angeboten zur Schulung, um solche Funktionen im politischen Alltag besser zu nutzen.

Das generelle Fazit der Gruppe fällt zum Schluss recht einmütig aus: Angebote zum gezielteren Umgang mit dem Internet für den politischen Alltag werden als sinnvoll empfunden; gleichzeitig sind sowohl die Papierform als auch das persönliche Gespräch als Kommunikationsmittel zur Information, Diskussion und Meinungsbildung noch nicht wegzudenken.

### World Café

Das World Café bietet die Möglichkeit, in ungezwungener Atmosphäre intensiv über Themen zu diskutieren, Ideen zu entwickeln, Standpunkte zu beleuchten und Lösungen zu erarbeiten. Dabei lockert es die steife Tagungsatmosphäre auf und bietet die Möglichkeit zum zwanglosen Austausch. Leitidee ist die entspannte Atmosphäre eines Straßencafés, in dem sich die Menschen gerne unterhalten.



als Segen“ mit einem Ausrufungs- oder einem Fragezeichen versehen werden sollte. Gerade die aktuelle Situation rund um die Proteste gegen das Projekt „Stuttgart 21“ werfe einiges an Fragen bezüglich der Rolle des Internets auf. Dieses sei für die Seite der „Parkschützer“ ein zentrales Element ihres Willensbildungsprozesses. Hier werden die argumentativen Grundlagen gelegt sowie Treffen organisiert. Hinsichtlich dieses Aspektes sei die Bewegung sehr gut und professionell organisiert, wovon sich gerade auch die Parteien noch einiges abschauen könnten. Gleichzeitig aber findet in solchen Foren kein tatsächlicher Austausch verschiedener Meinungen statt. „Im Großen und Ganzen bleiben Leute mit gleichen Meinungen hier unter sich.“ Ein weiterer Punkt sei zu bedenken: Die Rückwirkung, die das Internet auf die Handelnden vor

es jedoch schwerer zu beurteilen, welches die neutralste Sichtweise wäre, wenn sich alle Eindrücke zwischen Polizei- und YouTube-Videos bewegen.

Bei dem Versuch, das Internet für sich zu gewinnen, sollten aber besonders die Parteien darauf achten, nicht den öffentlichen Raum zu verlieren. Barack Obama hat es vorgemacht. In seinem Wahlkampf hat er das Web massiv und erfolgreich genutzt. Heute allerdings hat er beispielsweise mit den Anhängern des Tea Party Movement zu kämpfen. Diese gefährden seine Politik und dominieren derzeit den öffentlichen Raum.

Dass das Internet ein nützliches Werkzeug ist, wird dennoch von der Diskussionsrunde nicht bestritten. Für den Umgang im politischen Alltag gilt es jedoch einiges zu bedenken. So gibt es noch genügend Parteimitglieder, die gar keinen



## ...aber bitte light!

### Drama zum Thema Politikverdrossenheit



Zu Beginn der Veranstaltung fällt eine Frau aus dem Publikum durch laute und hartnäckige Zwischenrufe auf. Manch einer versucht, die scheinbar aufgebrachte Dame zum Schweigen zu bringen, andere schauen verlegen weg. Wer ist diese Unruhestifterin und wie kommt sie auf die Idee, die Veranstaltung dermaßen zu stören?

Die Dame ist Teil der „Drama light“-Theatergruppe, die die Friedrich-Ebert-Stiftung zu diesem World Café eingeladen hat. Die Theatergruppe lockert die Debatte um das Thema Politikverdrossenheit mit ihren Improvisationseinlagen am heutigen Abend auf.



Auch die Zusammenfassung aller Tischgespräche, dargestellt von den beiden Schauspielerinnen, beansprucht die Lachmuskeln sehr. Das Publikum darf bestimmen, aus welcher Sicht die Diskussion der Tische um neue Formen der Bürgerbetei-

ligung vorgetragen werden soll – ist es die Jugend, die nun ihre Forderungen stellen darf, der Politikerberater, oder ...?

Das mittlerweile mit der anstrengenden Zwischenruferin versöhnte Publikum erfreut sich offenbar an den Improvisationskünsten der Gruppe, welche einen gelungenen Ausklang des heutigen Abends darstellen.

„Drama light“ entstand 1990 im Rhein-Neckar-Raum durch die Fusion von zwei Impro-Gruppen aus Heidelberg und Mannheim. Seither ist es auf deutschen Kleinkunsth Bühnen ebenso präsent wie auf internationalen Theaterfestivals. Improvisationstheater, das ist Theater, das vom Augenblick lebt. Die Szenen, Geschichten und Songs entstehen spontan auf der Bühne. Die Zuschauer führen die Regie, die Schauspieler agieren auf ihr Kommando. Keiner weiß im Voraus, was passiert.

## Stimmen der Teilnehmer/innen

Beatrice Burkart:

„Eingehakt hat sich bei mir ein Zitat von Joseph Beuys, das einer der Sprecher der Veranstaltung zu bedenken gab: ‚Jeder Mensch ist ein Künstler‘. Man muss einen Augenblick überlegen, bis deutlich wird, was das für uns auf der politischen Ebene heißt: Beuys will mit diesen Worten sagen, dass jeder Mensch eine gestaltende Kraft hat, mit der er seine Umwelt prägt.“

Kathrin Mair:

„Ich würde mich durchaus als politisch interessierten Menschen beschreiben. Aber in eine Partei einzutreten kann ich mir nicht vorstellen. Viel lieber würde ich an konkreten Sachthemen mitarbeiten. Würde es den Parteien gelingen, mich mit Themen anzusprechen, auf die ich selbst Einfluss nehmen kann, würde es mir leichter fallen, mich für eine Partei zu entscheiden.“

Imen Ben Temellist:

„Die gestellten Fragen haben – meiner Meinung nach – die Probleme der Volksparteien in Deutschland auf den Punkt gebracht. Die Konsequenzen der Abwendung von der Politik, das mangelnde Vertrauen in die politischen Vertreter und die Art, wie dies eine Bedrohung für die Demokratie darstellt, wurden angesprochen und diskutiert.“

**Impressum:** Angepasst & ausgebrannt?, 2010

**Herausgeber:** Friedrich-Ebert-Stiftung/Fritz-Erler-Forum, Sabine Fandrych (v. i. S. d. P.), **Redaktion:** Sabine Fandrych, Sara Oelrichs, Vinzenz Huzel, **Fotos:** © Martin Müller/PIXELIO [www.pixelio.de](http://www.pixelio.de) (Titel), Norbert Theobald, **Layout:** Daniela Kieser, **Druck:** Offizin Scheufele

Fritz-Erler-Forum Baden-Württemberg  
Landesbüro der Friedrich-Ebert-Stiftung  
Werastraße 24, 70182 Stuttgart  
Telefon: 0711 24 83 94-44  
Telefax: 0711 24 83 94-50  
info.stuttgart@fes.de  
www.fritz-erler-forum.de



**FRIEDRICH  
EBERT**  
**STIFTUNG**

Fritz-Erler-Forum  
Baden-Württemberg